

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **150 zusätzliche Stellen für Staatsanwälte in der Justiz schaffen**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft
Buchungskreis: 2430

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft

Kameraler Haushalt:**Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	57.703.400	+2.647.900	60.351.300

Kameraler Haushaltsabschluss:**Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	85.625.000	+ 2.647.900	88.272.900
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-80.628.700	-2.647.900	-83.276.600

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

In Hessen fehlen nach Einschätzung des Richterbundes derzeit etwa 300 Richter und Staatsanwälte. „Die Arbeitsbelastung, insbesondere in der Justiz, ist enorm hoch“, sagte Sven Rebehn, Geschäftsführer des Deutschen Richterbundes, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur im Jahr 2019. Die Haftanstalten sind überbelegt. Verdächtige müssen wegen der Überlastung der Justiz immer wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die auszuwertenden Datenmengen haben sich vervielfacht. Viele Verfahren dauern viel zu lang und müssen deswegen regelmäßig eingestellt werden. „Das seien deutliche Anhaltspunkte für eine überlastete Justiz“, so lautet es in einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 2. Januar 2019.

Daher fordern wir als AfD-Fraktion 150 weitere Planstellen für Staatsanwälte für das Jahr 2021. Wer als lediger Staatsanwalt in den Beruf einsteigt, erhält laut der Besoldungstabelle „R1“ des Landes Hessen monatlich 4.203 Euro monatlich (50.435 Euro im Jahr). Zuzüglich der monatlichen Sonderzahlungen in Höhe von 5 Prozent der Bezüge, ist mit einer tatsächlichen Jahresbruttobesoldung von 52.957 Euro zu rechnen.

Angesichts der Stellenentwicklung in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass im Haushaltsjahr 2021 maximal 50 zusätzliche Staatsanwälte eingestellt werden können. Dies entspricht Mehrausgaben von 2,7 Mio. Euro.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou